

Übersicht zu Aktivitäten von Schulamt Cottbus und MBSJ nach extremistischen Vorfällen an der Grund- und Oberschule Burg

Datum	Interne Aufarbeitung	Öffentlich wirksame Aktivitäten
25.4.23	Der an die Medien versandte „Brandbrief“ von zwei Lehrkräften wird dem Staatlichen Schulamt Cottbus und dem MBSJ bekannt. Es folgen erste Abstimmungen intern sowie mit dem Landkreis Spree-Neiße bzgl. Unterstützungsangeboten.	Bildungsstaatssekretär Steffen Freiberg erklärt am Rande einer Pressekonferenz (zum Kita-Qualitäts- und Teilhabegesetz): „Ich bin schockiert über die geschilderten Zustände.“ Er kündigt eine Aufarbeitung an.
27.4.23	Das Staatliche Schulamt führt Gespräche mit der Schulleitung der Grund- und Oberschule Burg, berät das Vorgehen und zeigt Unterstützungsmöglichkeiten auch durch externe Partner auf. Weiterhin werden die Schulleitungen der weiterführenden Schulen des Schulamtsbezirks über den Fall und die Vorgaben des Rundschreibens 09/21 sowie der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss des Landkreises Spree-Neiße informiert.	Bildungsstaatssekretär Steffen Freiberg sagt in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Landtags Unterstützung für die Lehrkräfte zu: „Das Erste, was jetzt passieren muss, ist, denjenigen, die für Freiheit, Demokratie und Toleranz einstehen, dort den Rücken zu stärken und konkrete Hilfe zu leisten, so gut es geht.“
28.4.23	Das Staatliche Schulamt Cottbus stellt zwei Schulräte ausschließlich für die Prüfung der Vorgänge an der Schule in Burg ab.	
2.5.23	Das MBSJ tauscht sich mit dem Toleranten Brandenburg und dem Verfassungsschutz des Landes fachlich über die Lage aus.	Das Bildungsministerium kündigt in einer Stellungnahme an die Medien ein breites Unterstützungs- und Beratungsangebot im Zuge der Aufarbeitung an.
	Die beauftragten Schulräte beobachten in dieser Zeit den Schulalltag und führen in diesem Zuge Gespräche mit der Schulleitung, Lehrkräften und Schülervetretern. Auch mit dem Amt Burg als Schulträger gibt es Beratungen. Weiterhin informieren sie in einer Sitzung des Kreiselterrates die Elternvertreter über die Situation.	

4.5.23	Eine Elternkonferenz findet an der Schule statt. Es gibt weitere Informationen zum Vorgehen. Extremistische Vorkommnisse werden zusammengetragen.	
	Es gibt laufende Beratungen zwischen Schulamt und MBS über die Erkenntnisse aus den Gesprächen vor Ort. Dazu gehört auch die Notwendigkeit dienstrechtlicher Prüfungen.	
8.5.23	Die zuständige Schulrätin und der Schulberater der RAA nehmen an einer Lehrkräftekonferenz teil, die über erste Maßnahmen berät und diese auch festlegt.	Das MBS dokumentiert in einer Pressemitteilung „Prozess der Aufarbeitung in Burg hat begonnen“ die Anstrengungen, die an der Grund- und Oberschule unternommen werden.
	RAA und MBT verstärken ihre Angebote in der Schule. Sie beraten Lehrkräfte und Schulsozialarbeit, wie die Aufarbeitung mit den Schülerinnen und Schülern gestaltet werden kann.	
9.5.23	In Cottbus findet eine Demonstration gegen Rechtsextremismus vor allem an Schulen statt. Im Ergebnis gründet sich ein Netzwerk gegen Extremismus, an dem sich auch der Leiter des Schulamtes Cottbus beteiligen wird.	Das MBS stellt in der Pressemitteilung „Engagement für Demokratie ist kein Verstoß gegen das Dienstrecht“ öffentlich fest, dass es keine dienstrechtlichen Konsequenzen gegen die Lehrkräfte wegen des offenen Briefes geben wird. Mit dieser Versicherung treten die Lehrkräfte aus der Anonymität.
	In den folgenden Tagen führt das Schulamt Cottbus viele vertrauliche Gespräche mit der Schulleitung, Lehrkräften (auf persönlichen Wunsch) und dem Lehrerrat.	
24.5.23	Der Leiter des Schulamtes nimmt an der Kreistagssitzung Spree-Neiße teil und beantwortet Fragen der Kreistagsabgeordneten.	
26.5.23		Das MBS gibt einen neuen ausführlichen Sachstand zur Aufarbeitung an der Schule in der Pressemitteilung „Aufarbeitung ist ein langer, intensiver Prozess – Bildungsministerium unterstützt die Demokratiebildung“ .
2.6.23		Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, würdigt das Engagement

		der Lehrkräfte. Das Treffen war mit Brandenburgs Bildungsminister Steffen Freiberg abgestimmt worden.
5.6.23	Erneut berät die Lehrerkonferenz über die Aufarbeitung unter Beteiligung der zuständigen Schulrätin. Die vertraulichen Gespräche des Schulleiters und der Schulrätinnen mit allen Lehrkräften werden im Juni fortgesetzt.	
8.6.23	Vertreter des BMFSFJ-Programms „Demokratie Leben“ beraten sich mit Vertretern des neuen Bündnisses gegen Rechtsextremismus aus Burg, einer der beiden Lehrkräfte, die den offenen Brief verfasst haben, und Vertretern von „Tolerantes Brandenburg“.	
24.6.23		Erneut tauscht sich Bildungsminister Steffen Freiberg über die Situation in Burg (Spree-wald) und das weitere Vorgehen mit dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider, aus.
27.6.23	Die Grund- und Oberschule Burg feiert ihr Schulfest der Demokratie und Vielfalt.	Bildungsminister Steffen Freiberg besucht die Eröffnung des Schulfestes. Im Anschluss betont er bei Gesprächen mit den Lehrkräften sein Angebot zur persönlichen Unterstützung.
		Das MBSJ veranstaltet in Cottbus das Fachgespräch „Extremismus an Schulen“ mit mehr als 250 Teilnehmenden vor Ort und online. Bildungsminister Steffen Freiberg betont bei seiner Eröffnungsrede „Kein Fußbreit jeder Art von Extremismus an unseren Schulen!“ und dankt allen engagierten Schulleitungen und Lehrkräften.
		Das MBSJ stellt in Cottbus die Erkenntnisse der neuesten Jugendstudie Brandenburg zu rechtsextremistischen Einstellungen unter Jugendlichen vor.
4.7.23	Der Leiter des Staatlichen Schulamtes führt an mehreren Tagen im Juli weitere Gespräche mit Schulleitung und Lehrkräften in Burg.	